

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 43. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Sonderausgabe Juli/August 2008

Referendumszeitung

Noch mehr Zuwanderung wegen Personenfreizügigkeit mit der EU!



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf/BL

Währenddem sich andere unter Druck setzen und kaufen liessen, sammeln wir und unsere Verbündeten Unterschriften dafür, dass es zu einer Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit mit der EU kommt. **Selbstverständlich hatten und haben wir seit Jahrhunderten gute Kontakte zu allen Ländern der EU und zu unseren Nachbarn.** Diese wollen wir auch gar nicht aufs Spiel setzen. Denn mit den EU-Ländern zusammengearbeitet haben wir schon immer, aber dazu braucht es nur einige Rahmenverträge und nicht das riesengrosse Gesetzes- und Vertragskonstrukt, das wir nun mit der EU haben. **Wir machen uns in diesem Paragraphendschungel immer mehr zu Gefangenen der undemokratischen EU.**

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

Unsere Hauptgründe

Folgende Argumente bringen die Regierenden und ihre Geldgeber in Schwierigkeiten:

- Wir sagen Nein zu noch mehr Zuwanderung aus den «alten» EU-Ländern und – neu auch aus Rumänien und Bulgarien.
- Wir lehnen die Masseneinwanderung und die damit importierte Kriminalität aus dem Osten ab.

- Wir wollen nicht noch mehr Lohn- und Sozialdruck für uns Einheimische, weil immer mehr Konkurrenten in den Arbeitsmarkt drängen.
- Wir haben Sorge wegen noch mehr ausländischer Billigkonkurrenz um unser Gewerbe, bei dem viele von uns (noch) Arbeit finden.
- Wir befürchten auch immer grösseren Sozialmissbrauch von Leuten, die aus Ostländern zu uns einwandern.
- Wir protestieren scharf dagegen, dass die EU unser Volk in erpresserischer Manier für diese Verträge weichzuklopfen versucht.
- Wir verurteilen den fiesen und hinterhältigen Polittrick der Regierenden, einerseits die gesamten Freizügigkeitsabkommen mit der EU und andererseits die Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien in einer einzigen Vorlage zur Abstimmung vorzulegen, obwohl dem Volk vom Bundesrat die Aufteilung der Vorlagen versprochen wurde. **DAS VOLK WURDE BELOGEN!**

Einheimische mit weniger Lohn und AHV

Um unsere Arbeitsplätze vor Billigstkonkurrenz zu schützen, wurden die sogenannten «flankierenden Massnahmen» geschaffen. Diese sollen verhindern, dass Leute aus der EU zu Billigstlöhnen bei uns arbeiten können. Tatsache ist, dass es Firmen gibt, die bei Aufträgen billiger offerieren können als unsere eigenen schweizerischen Unternehmen. Stichproben zeigen nun allerdings seit Jahren, dass bei rund 30% aller untersuchten Fälle gegen diese «flankierenden Massnahmen» verstossen wird. Zu Hungerlöhnen werden Ausländer beschäftigt. Und die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein. Das heisst, wir Arbeitnehmenden sind die Leidtragenden. **Die ausländische Billigstkonkurrenz drückt auf die Löhne von uns Einheimischen und fördert noch die neue Tendenz zu längeren Arbeitszeiten.** Und je mehr Billigstarbeitende

Mobilmachung!

Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit: Jede Unterschrift zählt!

Andere kapitulieren – wir bleiben standhaft: Für uns Schweizer Demokraten ist es heilige Pflicht, nun mit ganzer Kraft federführend das Referendum gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sowie die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien zustande zu bringen. Helfen auch Sie mit – eine jede Unterschrift bringt uns dem Erfolg näher!

1.-August-Spende

Dieser Referendumskampf ist nicht kostenfrei. Die Schweizer Wirtschaft unterstützt nicht uns – wohl aber die Gegenseite! Wir sind dringend auf die Hilfe – materiell und finanziell – unserer Mitglieder, Abonnenten und Sympathisanten angewiesen. Benützen Sie bitte den beigegefügteten Einzahlungsschein. Ein jeder Franken hilft... Ein herzliches Dankeschön!

Wir freuen uns, Sie anlässlich unserer Bundesfeier in Basel begrüßen zu dürfen (Details auf Seite 2) und wünschen Ihnen einen besinnlichen Nationalfeiertag.

Mit freundlichen Grüßen

Ueli Brasser,

Gemeinderat

Markus Borner,

e. Grossrat

Bernhard Hess,

e. Nationalrat

SD-Zentralpräsident SD-Zentralvizepräsident SD-Geschäftsführer

bei uns sind, umso tiefer fallen die Einnahmen der AHV aus. Längerfristig gefährdet dies sogar unsere AHV. **Wir müssen mit weniger hohen AHV-Renten rechnen.** Sind das nicht der Gründe genug, um für das Referendum Unterschriften zu sammeln?

Taktik hin zum EU-Beitritt

Viele Regierende sprechen es nicht offen aus. Aber schlussendlich geht es diesen um den **schrittweisen Beitritt zur EU.** Nachdem ihnen dies in früheren Jahren nicht gelungen ist, will man unser Land mit einer Vielzahl von Verträgen, wie beispielsweise der Personenfreizügigkeit, schrittweise näher an die EU bringen. Dies in der Art, dass man eines Tages sagen wird, dass wir praktisch schon EU-Mitglied seien – man müsse es faktisch mit einem EU-Beitritt nur noch vollziehen. Wir wollen nicht vergessen, dass das **schweizerische EU-Beitritts-gesuch nach wie vor in Brüssel hängt ist.** Und warum zieht der Bundesrat dieses Gesuch

denn nicht zurück, wenn er nicht das Ziel hätte, eines Tages der EU beizutreten? Diesen «schmutzigen Spielen» gilt es mit dem Referendum einen Riegel zu schieben!

Unterschriften sammeln ist unsere Pflicht!

Wir wollen uns und unser Land doch nicht selbst aufgeben. Auch ohne EU-Mitglied zu sein, oder gerade deshalb, erarbeitete sich die Schweizer Bevölkerung einen gewissen Wohlstand und soziale Sicherheit. Darum sind wir alle aufgerufen, in den nächsten Tagen und Wochen überall im Land Unterschriften gegen die Personenfreizügigkeit zu sammeln. **Eine eingesandte Unterschrift reicht nicht – wir alle müssen mehr sammeln und gemeinsam mit Freunden Sammlungen organisieren.** Nur so kann und wird es gelingen, das Quorum von 50 000 Unterschriften zusammenzutragen. Es ist geradezu die patriotische Pflicht von uns allen, hier aktiv mitzutun!

1.-August-Feier 2008 der Schweizer Demokraten

Im Restaurant «Drei Könige» in Kleinhüningen/Basel Nord
Kleinhüningeranlage 39, 10.30–15.30 Uhr

Unser Programm:

- 10.30 Eröffnung durch Markus Borner, Präsident SD Basel-Stadt, der durch das Programm führt
10.40 Kurzansprache – u.a. zum SD-Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit – von Ueli Brassler, Gemeinderat und SD-Zentralpräsident, anschliessend musikalische Umrahmung
11.05 Begrüssung in französischer Sprache, Michel Dupont, 2. SD-Vizepräsident
11.10 Begrüssung in italienischer Sprache, Ueli Brassler, anschliessend musikalische Umrahmung
11.30 Kurzansprache von Marco Schällmann, Mitglied JSD-Nordwestschweiz, anschliessend musikalische Umrahmung und

Mittagessen (Anmeldung siehe nachfolgend)

- 13.30 Alphorneinlage mit Walter Lyrer, Birsfelden
13.45 Ueli Lerch aus Therwil in der Rolle als «Ueli der Pächter»
14.15 Ansprache von e. Nationalrat Rudolf Keller
15.00 Gemeinsames Singen der Nationalhymne und Abschluss durch Patrik Cattin, Vizepräsident SD Basel-Stadt. Spendensammlung für den Kampf gegen die «Bilateralen».

Musikalische Unterhaltung: Ländlertrio Locher Glauser mit Handörgeli und Bassgeige, Riehen

Unser Motto lautet: Gemeinsam einige gemütliche Stunden verbringen mit Musik, Spass und Unterhaltung. Nebst Speis' und Trank gibts auch politische Reden – aber nicht nur... und nur so viele – wie nötig!

Fakultativ: Wer Lust und Laune hat, besucht noch um 16.00 Uhr mit einer geführten Gruppe (Einzeleintritt nur Fr. 4.–) ganz in der Nähe im Schifffahrtsmuseum die Ausstellung «Verkehrsdrehscheibe Schweiz und unser Weg zum Meer». Auch das «Dreiländereck» und der Rheinhafen sind in der Nähe und mit einem Spaziergang leicht erreichbar...

So reist man problemlos an:

Mit den SBB: Ab Basel Hauptbahnhofplatz mit dem Tram Nr. 8 auf Gleis 5 Richtung Marktplatz nach Kleinhüningen (Endstation). Tram-billet Zone 1 lösen! Bei Tram-Endstation zu Fuss über die Wiesebrücke und geradeaus durch die «alte» Dorfstrasse; nach 250 Metern sieht man links die alte Dorfkirche, dann gleich rechts den Durchgang zwischen der Häuserreihe passieren (Weglein) Richtung Biergarten von unserem Restaurant (bitte SD-Wegweiser beachten!).

Mit dem Auto: Auf der Autobahn Basel – Basel Nord – Kleinhüningen ansteuern und hierauf via Hochbergerstrasse (Kreisel beachten!) in die Zufahrtsstrasse/Kleinhüningeranlage einbiegen. Links befindet sich die St.-Christophorus-Kirche; einige Meter weiter ist das Rest. «Drei Könige». Gratisparkplätze in beschränkter Anzahl in der Nähe des «Drei Könige» vorhanden. Es gibt allerdings kein Parkhaus!

Das Menü: Wir dürfen in einem sehr schönen Traditionslokal feiern – dies ist im Essenspreis mitinbegriffen. Der Wirt öffnet das Restaurant extra für uns. Die Gaststube hat gut 100 Sitzplätze; das Nebensäle nochmals deren 30. Im Biergarten können zusätzlich 60 Personen im Schatten sitzen (je nach Wetterlage!). Wer mehr über dieses Restaurant mit Dancing erfahren möchte – wählt www.single-tanz.ch und klickt das «Drei Könige in Kleinhüningen» an. Der Küchenchef ist auch Tanzlehrer – für alle Fälle!

Aus organisatorischen Gründen melden Sie sich bitte sofort – **spätestens jedoch bis zum 31. Juli** – fürs Mittagessen an. Der Küchenchef kann sicher gut tanzen, vermutlich aber nicht zaubern! Diese Feier wird bei jedem Wetter durchgeführt, denn wir haben – wenn nötig – alle ein Dach über dem Kopf. Aber auf dem «Trockenen» müssen wir bestimmt nicht sitzen!



ANMELDUNG:

1. Menü: Rahmgeschnetzeltes mit Butter-Nüdeli und Gemüse, inkl. Suppe Fr. 23.– Anzahl? Bitte angeben _____
2. Menü: Paniertes Schnitzel mit Senf eingestrichen und goldgelb gebraten mit Pommes frites und Gemüse, inkl. Suppe Fr. 25.– Anzahl? Bitte angeben _____
- Menü-Salat kostet separat Fr. 4.50 Anzahl? Bitte angeben _____
3. Menü: Vegi-Teller mit Gemüse, inkl. Suppe Fr. 20.– Anzahl? Bitte angeben _____

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Talon sofort einsenden oder als Info durchgeben bis spätestens 31. Juli an:
Schweizer Demokraten BS, Postfach 4219, 4002 Basel
E-Post: info@sd-basel.ch, Fax 061 262 03 15.

Weitere Auskünfte erteilt das Basler SD-Parteisekretariat Tel. 061 262 03 04

Gewerkschaften verraten Arbeitnehmerschaft!

Ob es einem passt oder nicht – im kapitalistischen Wirtschaftssystem herrscht das Prinzip von Angebot und Nachfrage. Was knapp ist, wird teuer. Ist hingegen etwas im Überfluss vorhanden, so sinkt der Preis. Das ist auch auf dem Arbeitsmarkt nicht anders. Nur ist dort der Lohn für unsere Arbeit der Preis, der absackt! Der freie Personenverkehr mit den EU-Ländern hat den hiesigen Unternehmern schlagartig ein schier unbegrenztes Rekrutierungsfeld für Arbeitskräfte eröffnet. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass die Hochkonjunkturphase der letzten Jahre kaum zu Lohnerhöhungen geführt hat. Natürlich wurden auch saftige Gewinne eingefahren, doch die Grossaktionäre und Manager konnten fast alles in die eigene Tasche stecken. Forderungen nach mehr Lohn brauchten sie nicht zu fürchten. Wie wollen wir Arbeitnehmer solche durchsetzen, wenn Heerscharen von EU-Bürgern aus vergleichsweise armen Regionen – wie Ostdeutschland oder Portugal – nur darauf warten, in der Schweiz arbeiten zu können...

Blauäugig oder bösartig?

Nun müsste man meinen, dass die Gewerkschaftsbosse diese einfachen

ökonomischen Zusammenhänge eigentlich erkennen und sich entsprechend verhalten sollten. Das heisst im Klartext: Eine Gewerkschaft muss dafür besorgt sein, dass Arbeitskräfte möglichst knapp sind. Nur dann sind die Unternehmer gezwungen, den Gewinn gerecht mit den Arbeitenden zu teilen. Doch was tun die Gewerkschaftsfunktionäre seit Jahren? Sie verschleudern die Beiträge ihrer Mitglieder, um die Propagandawalze des Grosskapitals für die angeblich so segensreiche Personenfreizügigkeit noch mit eigenen, teuren Kampagnen zu unterstützen. Sie reden uns ein, dass es nur ein bisschen mehr «flankierende Massnahmen» brauche, dann kommt alles gut. Welch ein Unsinn! In den heutzutage wichtigsten Branchen der Wirtschaft, namentlich im ganzen Dienstleistungssektor, herrscht in Sachen «Löhne» eine unglaubliche Geheimniskrämerie. Keiner weiss, was der Andere verdient. Wie soll es da möglich sein, Lohndumping durch EU-Zuwanderer zu verhindern? Und wer soll z.B. im Bank- und Versicherungswesen, wo es gar keine richtigen Gewerkschaften gibt, entsprechende Kontrollen durchsetzen? Man fragt sich schon, ob unsere

Gewerkschaftsführer wirklich so blauäugig und naiv sind, an die Augenwischerei mit «flankierenden Massnahmen» gegen Lohndumping zu glauben. Oder ob sie einfach

ein ideologisches Brett vor dem Kopf

haben und bewusst die Arbeitnehmerschaft verraten, weil ihnen veraltete Phrasen über «internationale Solidarität» aus Lenins und Marxens Werken wichtiger sind als die handfeste Vertretung von Arbeitnehmer-Interessen! Meine Erfahrung mit einer studierten Ökonomin (!) vom Gewerkschaftsbund, gegen die ich bei der letzten Abstimmung über die «Personenfreizügigkeit» auf einem Podium anzutreten hatte, deutet darauf hin, dass Letzteres zutrifft. Sie trat mir mit dem Argument entgegen, dass die hiesigen Gewerkschaften eben Ausländerorganisationen (!) seien und nicht «fremdenfeindlich» politisieren könnten. Auf meinen Einwand, dass doch die bereits hier lebenden und arbeitenden Ausländer genau so betroffen seien, wie die Schweizer, wenn die Öffnung unseres Arbeitsmarktes für Abermillionen von EU-Bürgern zu sinkenden Löhnen führe, wusste sie keine Antwort mehr...

Die Geschichte wiederholt sich

Jetzt, wo die Personenfreizügigkeit nicht nur verlängert, sondern auch noch auf die für hiesige Begriffe mausarmen Oststaaten Bulgarien und Rumänien ausgedehnt werden soll, wiederholt sich seitens der Gewerkschaften dieses üble Spiel. Erst droht man der Regierung mit einem Referendum, wenn es nicht mehr «flankierende Massnahmen» gebe. Der vom Geldbürgertum dominierte Bundesrat denkt natürlich nicht daran, auf solche Forderungen einzugehen, und das wissen die Gewerkschaftsbosse auch ganz genau. Doch sie ergreifen nicht nur kein Referendum, sondern lassen sich sogar wiederum vor den Karren des Grosskapitals spannen. Das ist bitterer Verrat an den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die noch immer glauben, Sozialdemokraten und Gewerkschafter seien ihre Interessenvertreter!

Nehmen wir also das Heft selber in die Hand, um unsere Interessen auf dem Arbeitsmarkt zu wahren – sammeln auch Sie Unterschriften für das Referendum gegen die EU-Personenfreizügigkeit!

Christoph Spiess, Zürich

Von schönen Äpfeln und faulen Zwetschgen!

In diesen Tagen finden sich in verschiedenen Zeitungen ganzseitige SVP-Inserate. Darin wird ein Sarg abgebildet mit der Aufschrift: «Demokratie». Vor dem Sarg stecken drei Spaten in der Erde, welche ebenfalls mit Namen versehen sind: Je ein Spaten für «SP, CVP, FDP»!

Christoph Blocher der Scheinpatriot

Der politischen Realität entsprechend müsste beim obig dargestellten Bild ein vierter Spaten zu sehen sein mit dem Schriftzug: «SVP»! Ch. Blocher kennt ja den politischen Betrieb in Bern aus eigener Erfahrung. Er weiss, dass man es dort mit der Redlichkeit und Wahrheit oft nicht so genau nimmt! Ch. Blocher hat Recht, wenn er behauptet, dass der Bundesrat bei der Abstimmung über die Bilateralen I im Jahre 2000 versprochen hat, dass das Schweizer Volk später wiederum darüber befinden könnte, wenn neue Staaten zur EU stossen sollten (und ebenfalls in den Genuss des freien Personenverkehrs mit der Schweiz kommen). Jetzt hat das Parlament in Bern (nach langem Hin und Her zwischen National- und Ständerat) ein «Päckli» geschürt, welches zugleich zwei Beschlüsse enthält (Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und Ausdehnung des freien Per-

sonenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien). Somit kann nicht einzeln das Referendum gegen den einen oder den andern Beschluss ergriffen werden. Dies war ein **taktischer Schachzug** von Sozialdemokraten, Grünen sowie CVP und deren Hilfstruppen EVP und Grünliberalen! Die Berner Politiker dieser Parteien sind wahrlich die Totengräber unserer direkten Demokratie, da diese in erster Linie mit ihrem Abstimmungsverhalten (fürs Päckli!) die SVP und deren «Referendumsabsichten» zu Fall bringen wollten (was auch gelang!). Mit diesem Falschspielertrick wird aber primär die demokratische Politikultur in unserem Land mit Füßen getreten. Der Souverän (das Volk) sollte doch bei jeder Abstimmung **frei entscheiden können**, ob hier Ja und dort Nein oder – wie auch immer!

Auch die SVP irrt nun gewaltig

Mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 lehnte die SVP-DV am 5. Juli in Brig eine Unterstützung des Referendums ab. Es ist Ch. Blocher zu «verdanken», dass der **SVP-Kurs in dieser wichtigen Frage um 180 Grad geändert** wurde – wobei der «SVP-Übervater» – entgegen seiner früheren Äusserungen – nun plötzlich dazu aufforderte, das Referendum

nicht zu ergreifen und auch nicht zu unterstützen! Immerhin gibt es noch einige konsequente SVPler (die Minderheit) und auch SVP-Kantonalparteien, wie Luzern und Tessin, welche das Referendum unterstützen. **Aber die Mehrheit der SVP, insbesondere ihre Politprominenz, wie Toni Brunner, Peter Spuhler, Ulrich Giezendanner, Hans Fehr** (Letzterer gar Geschäftsführer der AUNS!) **und viele weitere, sind umgefallen!** Weshalb Ch. Blocher diesen Verrat begangen hat, ist bei genauer Analyse (schon genug von der SVP-Oppositionsrolle?, beabsichtigter Wiedereinzug eines SVP-Vertreters in den Bundesrat?, wegen SVP-Abspaltung?, wegen Niederlage bei der Einbürgerungsinitiative?, Verknüpfung von Ch. Blocher mit den Mächtigen der Wirtschaft?, usw.) erklärbar, aber **inakzeptabel für eine sich «national-konservativ» gebende Partei! Das politische Programm der SVP wurde damit verraten!**

Was sagt die SVP dazu?

In ihren Inseraten schreibt die SVP verlogen: «Verzichtet auf ein Scheinreferendum, weil die Regierungsparteien SP, CVP und FDP eine unverfälschte Stimmabgabe verunmöglicht haben». Auf dieses Argument gibt es **eine 100-prozentige Antwort:**

Wenn Sie auf dem Obstmarkt ein Kilogramm schöne Äpfel kaufen möchten und dazu noch ein Kilogramm Zwetschgen... der Händler Ihnen aber angefaulte Zwetschen einpacken will! Was sagen Sie dann? Erklärt der Händler hierauf, dass Sie auch die angefaulten Zwetschgen nehmen müssten, **dann verzichten Sie prinzipiell auf einen Einkauf bei diesem Händler!**

Es gibt kein Scheinreferendum

Es gibt nur eine faule Vorlage von Bundesrat und Parlamentsmehrheit. Wenn das Volk hierzu (beim Päckli) bei der Abstimmung (nach zustandegekommem Referendum) **Nein** sagt, so fällt die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien richtiggehend ins «Wasser». Dann wird der Bundesrat **neue, separate Vorlagen** bringen müssen. Und – die Schweiz hat übrigens gegenüber der EU sehr gute Karten!

Was Ch. Blocher jetzt mit seinem «Abseits-Stehen» tut, bedeutet massive Hilfe für die Befürworter des freien Personenverkehrs. **Sind denn SVP-Anhänger «Vasallen» von Ch. Blocher oder frei denkende Bürger?**

Markus Borner, Basel

Nein zur EU-Personenfreizügigkeit



Noch mehr
Kriminalität durch
den Zustrom von
Verbrecherbanden?



Noch mehr **Zuwanderung** –
neu auch aus Rumänien
und Bulgarien – und damit
noch höhere
Wohnungsmieten?



Noch mehr
**Lohn- und
Sozialdruck** für
Einheimische?



Noch mehr
Billigkonkurrenz
für unser
Gewerbe?

Vor Rücksendung Unterschriftenbogen hier abtrennen

EU-Personenfreizügigkeit vors Volk!

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59 ff., dass der Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde				
Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Genaueres Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						

Ablauf der Referendumsfrist: 2. Oktober 2008 (**Bogen bitte bis 21. September 2008 zurücksenden**)

Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Referendumskomitee eingeholt.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____

Datum: _____

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt rasch zurückzusenden an das Überparteiliche Komitee gegen die EU-Personenfreizügigkeit, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch